

Italien

Roman Maruhn

Italien hat einen neuen Ministerpräsidenten. Im Unterschied zu seinen Vorgängern Letta und Monti ist Matteo Renzi kein Techniker oder Interimsregierungschef, sondern ein vollwertiger, zielorientierter und vor allem machtbewusster Politiker, der sich gegen große Widerstände an die Spitze von Partei und Staat gekämpft hat. Renzi hat trotz Abspaltungsdrohungen in seinem Partito Democratico (PD) beste Chancen bis 2018, dem Ablauf der Legislaturperiode, durchzuregieren.

Generationswechsel als Programm: Ministerpräsident Matteo Renzi

Als „Rottamatore“ (Verschrotter) bekannt geworden hat sich der mit 39 Jahren nicht nur für italienische Verhältnisse junge Renzi gegen die alte Garde im PD durchgesetzt und seinen Kampf für einen Generationenwechsel von der Partei auf Italien ausgeweitet und schnell eine einflussreiche Gruppe von „Renzianern“ im PD um sich geschart. Gerade sein Weg zum Amt des Regierungschefs charakterisiert Stil und Persönlichkeit Renzis besonders gut: Nachdem er Ende 2013 die parteiinternen Wahlen um den Parteivorsitz gewonnen hatte, kritisierte Renzi die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ergebnissen seines Parteikollegen und damaligen Ministerpräsidenten Enrico Letta. Am 14.2.2014 tritt Letta zurück, nachdem Renzi das Amt in der Partei für sich beansprucht hatte. Am 17.2. wird Renzi von Staatspräsident Giorgio Napolitano mit der Regierungsbildung beauftragt und am 25.2. sprechen Senat und Abgeordnetenkammer ihm das Vertrauen aus, auch wenn Renzi bei seiner Rede vor dem Senat mit den klaren Worten, er wolle der letzte Ministerpräsident sein, der sich vom Senat das Vertrauen aussprechen lassen müsse, dessen Auflösung in der jetzigen Form angekündigt hatte. Die bereits seit Ende April 2013 bestehende Koalitionsregierung aus PD, Angelino Alfano Nuovo Centrodestra (NCD), Mario Montis Gründung Scelta Civica (SC), Unione dei Democratici Cristiani e di Centro (UDC) und weiteren kleinen Parteien wird auch unter Renzi fortgeführt. Darüber hinaus existiert eine zwischen Renzi und Oppositionspolitiker Silvio Berlusconi (Forza Italia) stark personalisierte informelle Zusammenarbeit bei der Wahlrechts- und Staatsreform. Insgesamt überrascht Renzis pragmatische Herangehensweise zur innenpolitischen Befriedung über die alten und klassischen politischen Lager hinweg, wobei aber in der Totalopposition von Beppe Grillos Movimento Cinque Stelle (M5S) und dem großen Vertrauensverlust von Politik und Parteien in der italienischen Gesellschaft die wesentlichen Gründe für diese Zusammenarbeit der traditionell stark konkurrierenden und in jüngerer Vergangenheit verfeindeten Mittel-Links- und Mitte-Rechts-Lager zu suchen ist.

Renzi, ehemaliger Bürgermeister von Florenz und selber weder Mitglied der Abgeordnetenkammer noch des Senats, hat ein Kabinett mit eher unbekannteren und verhältnismäßig jungen Ministern zusammengestellt: Das Durchschnittsalter liegt bei 47 Jahren und erstmals sind acht Frauen in Ministerämtern, darunter auch in Schlüsselressorts wie Auswärtiges und Verteidigung. Gewichtige Minister sind der ehemalige OECD-Chefvolkswirt und Parteilose Pier Carlo Padoan im Ressort Wirtschaft und Finanzen, während Alfano

als Anführer der FI-Abspaltung NCD das Innenministerium führt. Die Regierung Renzi kann als Normalisierung des politischen Betriebs und Rückkehr Italiens zu einer vollen politischen Regierung gewertet werden. Damit schließt sich die Zwischenphase von Regierungen, die maßgeblich von Staatspräsident Napolitano eingesetzt wurden und Italien nach dem Rücktritt Berlusconi 2011 führten, als die Schuldenkrise die öffentlichen Haushalte und den Staat unter massiven Druck setzten. Wenn auch Renzis Regierung nicht direkt aus Wahlen hervorgegangen ist, kann sie sich spätestens seit dem starken Ergebnis des PD bei den Europawahlen im Mai 2014 breit legitimieren.

Forderung nach mehr Flexibilität

Gestärkt aus dem innerparteilichen Machtkampf mit dem Sieg in der PD-Urabstimmung 2013 hat Renzi jetzt auch auf nationaler Ebene seine Person und sein Schicksal mit einer allgemeinen Modernisierung Italiens, der Erneuerung nicht nur der politischen Eliten, der Streichung von Privilegien der Politik, umfassenden Reformen des Staatsaufbaus, in der Bildung, dem Arbeitsmarkt, Sozialstaat, Steuerrecht, Justiz und Wirtschaft verbunden. Als Vorbild dafür dienen in erster Linie Deutschland und die Reformen der Agenda 2010 unter dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder. Renzis umfassende und große – nach Meinung von Kritikern zu große Reformagenda – benötigt Geld, das im vierten Rezessionsjahr (2014) nur sehr begrenzt vorhanden ist. Ein offener Bruch des Stabilitäts- und Wachstumspakts ist entsprechend dem Vorbild der deutschen Agenda 2010-Reformen – die Bundesrepublik hatte 2002 und 2003 die Defizitgrenze von drei Prozent überschritten und sich Sanktionen entzogen – nicht nur in der italienischen Regierung, sondern auch in der Öffentlichkeit kein Tabu mehr. Roms Argumentation für eine Änderung der Regeln oder gegebenenfalls einen Regelbruch lautet: Italien ist das einzige Land in der EU, dessen Haushalt im Verlauf der Schuldenkrise nicht expandiert hat, sondern streng die Vorschriften aus Brüssel eingehalten hat: Insgesamt wurden Sparmaßnahmen in der Größenordnung von über fünf Prozent des BIP erzielt. Zwischen 2008 und 2012 wurden 78 Mrd. Euro eingespart, während Deutschlands Haushalt in der gleichen Zeit um sechs Prozent bzw. 163 Mrd. Euro, Frankreichs Haushalt sogar um 14 Prozent bzw. 273 Mrd. Euro expandierte. In der Schlussfolgerung waren Italiens Sparanstrengungen – Jahr nach Jahr konnte ein Primärüberschuss im Haushalt erzielt werden – zwar nicht umsonst, sie haben aber keine Wirkung auf das Wirtschaftswachstum gezeigt, sondern vermutlich ganz im Gegenteil Wirtschaftswachstum verhindert und zur Rezession zumindest mit beigetragen.¹ Italien gilt demnach als Beispiel dafür, dass Haushaltssanierung in der Krise kein Wachstum generiert, sondern die Krise noch vergrößert. Dieser Argumentation ist kritisch hinzuzufügen, dass die Haushaltskonsolidierung bisher nicht durch die notwendigen Reformen, um Wirtschaftswachstum zu generieren, begleitet wurde.

Die Europäische Kommission betrachtet Italien gerade wegen der kritischen Größe seiner Volkswirtschaft immer noch als Unsicherheitsfaktor für die Euro-Zone und die Europäische Union insgesamt.² Bis Italien auch tatsächlich belastbare Zahlen zu Einsparungen vorlegen kann, gibt es Vorbehalte gegenüber spezifisch für Italien geltenden Ausnahmen.

1 Istat: I conti pubblici negli anni della crisi – Politiche fiscali e redistribuzione, in: Istat: Rapporto annuale 2014 – La situazione del Paese, <http://www.istat.it/it/files/2014/05/cap5.pdf>.

2 European Commission: Macroeconomic Imbalances – Italy 2013, http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/occasional_paper/2013/pdf/ocp138_summary_en.pdf.

Zwar würden beim Haushaltsdefizit Punktlandungen von 2,9 Prozent erzielt, aber das Fehlen einer verlässlichen Strategie auch zu einer nur langsamen Rückführung der Gesamtverschuldung ließe laut Kommission wenig finanziellen Spielraum. So hatte Rom 2012 eine Verschuldung von 127% und 2013 von 132,6% des BIP erreicht; der vorläufige Höchststand soll 2014 133,7% betragen, bevor die Schulden 2015 mit 132,4% erstmals wieder leicht abnehmen sollen. Allerdings sind solche Planungen, wonach im aktuellen Jahr ein Schuldenhöchststand erreicht sei, der dann im Folgejahr wieder abnehmen sollte, auch bereits in den vergangenen Jahren vorgelegt worden. Auch die Position der Euro-Gruppe unterscheidet sich nicht grundlegend von der der Kommission: Italien müsse erst überprüfbare und für den Haushalt relevante Reformen auf den Weg bringen, bevor eine größere Flexibilität eingeräumt werden könne.

Die Handschrift von Finanz- und Wirtschaftsminister Padoa-Schioppa lässt sich noch in den OECD-Empfehlungen an Rom vom Frühjahr 2014 erkennen: Steuerlasten senken, das soziale Netz ausbauen, die Verdienste der Arbeitnehmer durch die Entlastung von Steuern stärken und eine allgemeine Arbeitslosenversicherung aufbauen³ – diese Agenda ist nicht nur eine Reform, sondern sie käme in Italiens Sozialstaat einer Revolution gleich, der das Soziale traditionell auf eine verhältnismäßig großzügige Absicherung derjenigen, die aus dem Erwerbsleben bereits ausgeschieden sind, und damit auf Renten und Pensionen konzentriert, anstatt die Erwerbstätigen und ihre Familien, aber auch Arbeitslose zu unterstützen. Padoa-Schioppa und Renzi müssen an diesen Zielsetzungen gemessen werden, wenn die Arbeit der Regierung auch bereits im nächsten Jahr zur Bewertung ansteht.

Die EU-Ratspräsidentschaft als Vehikel

Aus- und inländische Investitionen anregen, Arbeitsplätze schaffen, Wachstum generieren und aus der Sparfalle kommen: Für sein nationales Programm versucht Ministerpräsident Renzi auch Italiens Ratspräsidentschaft⁴ in der zweiten Jahreshälfte 2014 zu nutzen. Zur zentralen Doktrin hat er dabei den Ansatz entwickelt, Wirtschaftswachstum nicht nur in Italien, sondern in der Europäischen Union insgesamt zu fördern, indem die Rückführung der nationalen Gesamtverschuldungen auf die Marke von 60 Prozent des BIP langsamer geschieht und die Drei-Prozent-Defizitregel nicht generell und pauschal angewendet wird, um den nationalen Haushalten und Regierungen Mittel für wachstumsfördernde Investitionen in Reformen zu lassen. Finanz- und Wirtschaftsminister Padoa-Schioppa schlägt darüber hinaus eine Revision des Fiskalpakts vor, nach der bei überprüfbaren nationalen Reformfortschritten das Tempo beim Abbau der Staatsverschuldung gemindert werden bzw. bei mit der Europäischen Investitionsbank kofinanzierten Projekten die nationalen Mittel nicht in die Berechnung beim Fiskalpakt eingehen sollen. Beim Entwurf des Haushalts 2015 geht Rom auf Konfliktkurs mit der Kommission: Aktuell sind ein deutlich geringerer Abbau des Haushaltsdefizits und auch die Verschiebung eines ausgeglichenen Haushalts auf das Jahr 2017 vorgesehen, nachdem erst Padoa-Schioppa im April versichert hatte, dass 2016 ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden würde. Auch die Vorstellung der Idee einer europäischen Arbeitslosenversicherung⁵ beim ECOFIN in Mailand diente nicht nur als Diskussions-

3 Ocse: Italia tagli il cuneo fiscale e allarghi la rete di protezione sociale, in: La Repubblica, 21.2.2014.

4 2014 – Presidenza Italiana del Consiglio dell'Unione Europea, <http://italia2014.eu/it/>.

beitrag zur sozialen Vertiefung der Europäischen Integration und Stärkung der Economic Governance der Europäischen Union sondern der Entlastung nationaler Haushalte.

Rettung von Flüchtlingen im Mittelmeer

Auf der Agenda der Ratspräsidentschaft stand auch die Überführung der humanitären Mission „Mare Nostrum“ („Unser Meer“ auch in Anlehnung an die historische Idee des Mittelmeers als „italienisches Meer“) von italienischer Marine und Küstenwache in eine Frontex-Operation oder zumindest die stärkere Einbeziehung und Beteiligung anderer EU-Mitgliedstaaten. Die Mission war nach dem Unglück von Bootsflüchtlingen vor Lampedusa am 3.10.2014 unter anderem durch den öffentlichen Druck des Papstes eingerichtet worden und hatte erstmals neben der strafrechtlichen Verfolgung von Schleppern als prioritäre Zielsetzung das Retten und Bergen von Menschen nicht nur in italienischen Küstengewässern sondern in der gesamten Straße von Sizilien und den angrenzenden Seegebieten bis in die Küstengewässer besonders Libyens. Drei Gründe waren ausschlaggebend für die Einrichtung von „Mare Nostrum“: Der Fall des Gaddafi-Regimes 2011, die Entscheidung des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs im Fall Hirsi Jamaa,⁶ die Abschiebungen von Flüchtlingen aus dem Mittelmeer nach Libyen verbietet, und eben das Unglück vor Lampedusa vom 3.10.2014. „Mare Nostrum“ kostet im Monat durchschnittlich 9,3 Millionen Euro. Da die Mehrzahl der Flüchtlinge aus Syrien, Eritrea, Somalia, Mali, Afghanistan stammen und damit potentiell Bürgerkriegsflüchtlinge mit Anspruch auf Asyl sind, will Italien diese Menschen vorrangig aus der unmittelbaren Lebensgefahr, in die sie sich bei der Überquerung des Mittelmeers begeben, retten. Die Hauptabfahrtsorte der Flüchtlinge sind in Libyen (93 Prozent) und in kleineren Zahlen auch in Ägypten, der Türkei, Griechenland und Syrien. Dabei sind sich Regierung und Öffentlichkeit bewusst, dass Italien in erster Linie Transitland (Italien und Polen sind die Länder mit den niedrigsten Zahlen von Asylanträgen in der EU) für diese Menschen ist und deshalb die eigentlichen Zielländer wie Deutschland, Frankreich, Großbritannien und die skandinavischen Länder mehr als nur eine moralische Verantwortung gegenüber den Flüchtlingen und auch Italien haben. Die Besonderheit der Extremsituation, in der sich die Flüchtlinge auf dem Meer befinden, lässt eine Blockade bzw. unmittelbare Rückführung nicht zu, weil damit Menschenleben noch weiter gefährdet würden. Im Rahmen der Operation findet eine Trennung von Flüchtlingen statt: Menschen aus Ägypten und Tunesien, mit deren Ländern Rücküberführungsabkommen existieren, die auch implementiert werden können, werden in geschlossene Aufnahmeeinrichtungen überführt, um gegebenenfalls abgeschoben zu werden. Bis Ende September 2014 wurden 91.000 Bootsflüchtlinge gerettet, 499 Tote geborgen und 500 mutmaßliche Schlepper gefasst. Rund 1500 auf See Vermisste müssen mit großer Sicherheit zu den Toten hinzugefügt werden. Gerade durch „Mare Nostrum“ ist es möglich, erstmals recht genaue Zahlen für den Einsatzbereich der Mission zu ermitteln, da durch die große Zahl an eingesetzten Einheiten (Schiffe, Boote, Flugzeuge, Hubschrauber, Drohnen und Satelliten) eine intensive Kontrolle des Seegebiets möglich war. Dabei haben die

5 Grégory Claeys/Zsolt Darvas/Guntram B. Wolff: Benefits and drawbacks of European Unemployment Insurance, <http://www.bruegel.org/publications/publication-detail/publication/847-benefits-and-drawbacks-of-european-unemployment-insurance/>.

6 European Court of Human Rights: Case of Hirsi Jamaa And Others v. Italy, <http://hudoc.echr.coe.int/sites/eng/pages/search.aspx?i=001-109231>.

italienischen Kommunen, Sicherheits- und Gesundheitsbehörden und Hilfsorganisationen besonders in Sizilien sehr effizient und routiniert gehandelt, um die Kontrolle der EU-Außengrenzen zu gewährleisten, die Flüchtlinge medizinisch zu kontrollieren und gegebenenfalls zu versorgen und sie vorläufig unterzubringen und zu versorgen. Im Januar 2014 wurde der Straftatbestand „illegale Einwanderung“ gestrichen, der 2008 unter der Regierung Berlusconi eingeführt worden war. Zwar stellt „illegale Einwanderung“ nach wie vor einen Gesetzesverstoß dar, der aber zumindest beim ersten Versuch nicht mehr geahndet wird, während Schlepperkriminalität nach wie vor strafrechtlich verfolgt wird. Italien befindet sich in der Frage der Kontrolle des Mittelmeers in einer schwierigen Lage, da Libyen keine einsatzfähige Küstenwache und keinen Such- und Rettungsdienst zur Verfügung hat bzw. einsetzt, Malta seinen großen Zuständigkeitsbereich aus eigener Kraft nicht abdecken kann, Italien als großes EU-Mitgliedsland dagegen aber über die entsprechenden Kapazitäten verfügt.

Implizit wünscht sich die Regierung in Rom auch die Verlegung des Sitzes von Frontex von Polen nach Italien, um eine stärkere Verantwortlichkeit der Europäischen Union für diesen Teil der EU-Außengrenze zu erreichen. Die italienische Regierung ist sich bewusst, dass die Frontex-Mission „Triton“ bei der Rettung von Flüchtlingen nicht so effektiv sein kann und will wie die Operation „Mare Nostrum“, auch weil „Triton“ nur bis zu 30 Seemeilen vor der italienischen Küste operiert. Es ist nur schwer vorstellbar, dass die italienische Küstenwache und Marine sich jetzt wieder aus dem Mittelmeer zurückzieht und die Bootsflüchtlinge ihrem Schicksal auf hoher See überlässt. EU-Partner kritisieren Rom und seine humanitäre Hilfsmission, da sie einen „Pull-Faktor“ für Flüchtlinge und Schlepper darstelle, der die Überfahrt von Afrika nach Europa sicherer mache. Dieser nicht nur zynischen sondern auch menschenverachtenden Argumentation ist zu entgegnen, dass im Vorfeld von „Mare Nostrum“ in Italien die Idee diskutiert wurde, täglich ein Fährschiff aus einem afrikanischen Hafen mit illegalen Einwanderern in einer Art Shuttle-Verkehr nach Süditalien fahren zu lassen, um die Überfahrt sicherer und kontrollierter durchzuführen und auch Schleppern die lukrative und für ihre Opfer gefährliche Passage über das Meer nach Europa abzunehmen, da besonders die Bewohner auf Lampedusa, aber auch an der sizilianischen Südküste mit menschlichen Tragödien konfrontiert waren, die über die humanitäre Dimension hinaus auch zu großen wirtschaftlichen Schäden geführt haben. Festzuhalten ist, dass sich gerade aufgrund der Konflikte in Syrien, dem Irak und in Afrika die Qualität der Flüchtlinge geändert hat: Konnte früher pauschal vermutet werden, dass auch und gerade über das Mittelmeer in der Mehrzahl sogenannte Wohlstands-Flüchtlinge, die „lediglich“ ihre Lebenssituation verbessern wollten, nach Europa gelangen wollten, sind es heute nicht nur einzelne Menschen sondern auch ganze Familien, die auf der Flucht vor Krieg, Gewalt und Diskriminierung sind, für die auch die Mitgliedstaaten der Europäischen Union entweder aufgrund von militärischen Interventionen (Irak) oder deren Unterlassung (Syrien) eine Mitverantwortung tragen, weil die EU-Staaten und die Union auch eine Rolle als globale Akteure für sich beanspruchen.

Italien hatte bilateral bereits ein aus humanitären und politischen Gründen sehr fragwürdiges Rückführungsabkommen mit dem Gaddafi-Regime in Libyen abgeschlossen und auch in die Praxis umgesetzt. Dabei wurden die libyschen Behörden nicht nur finanziell sondern auch mit Ausrüstung, zum Beispiel Küstenwachbooten unterstützt. Durch die libysche Revolution und die anschließenden bürgerkriegsähnlichen Zustände sind diese Mittel weitgehend verloren gegangen. Im italienischen Außenministerium wird aber weiterhin an

einer Strategie gearbeitet, wie die Ursachen für Flucht und illegale Einwanderung in den Ursprungsländern beseitigt werden können oder Asylanträge bereits im Krisengebiet bzw. in seiner näheren Umgebung gestellt werden können.

Ende der Wirtschaftskrise?

Matteo Renzi ist mit einer schwierigen Ausgangsposition in die Ratspräsidentschaft gestartet: Italien hat einen EU-Rekordstand von 117 Vertragsverletzungsverfahren mit steigender Tendenz anhängig. Sowohl die europäischen Institutionen, die EU-Mitgliedstaaten als auch die Finanzmärkte müssen weiterhin von der Ernsthaftigkeit bei der Sanierung der öffentlichen Haushalte, umfassenden Reformen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und deren Wirkung auf ein Ende der Rezession und der Rückkehr Italiens zu Wirtschaftswachstum überzeugt werden, gerade nachdem erst wenige greifbare Ergebnisse der Revision der Staatsausgaben (Spending Review) vorliegen. Im August 2014 gerät das Land mit einem Wert von -0,1% in die Deflation. Die Wirtschaft soll 2014 immer noch um 0,2% schrumpfen. Seit 2007 ist die Wirtschaftsleistung um neun Prozent zurückgegangen. Zwar stabilisieren niedrige Zinszahlungen die Staatsverschuldung und mit dem Amtsantritt Renzis ist eine Beruhigung der politischen Situation eingetreten, auch weil Neuwahlen unwahrscheinlich erscheinen. Entsprechend sinkt der Spread sogar erstmals auch wieder unter den spanischen Vergleichswert. Die italienischen Staatsanleihen kehren auf ein Zinsniveau wie vor acht Jahren zurück. Im letzten Quartal 2013 wächst die Wirtschaft wieder leicht. Dennoch steigt die nominelle Staatsverschuldung von Oktober 2013 mit 2085 Mrd. Euro bis Juni 2014 auf einen neuen Rekordwert von 2168 Mrd. Euro weiter. In sechs Jahren ist die Verschuldung um 30 Prozentpunkte gewachsen. 2012 musste 5,5% des BIP (Durchschnitt in der Eurozone 3,1%) für Zinszahlungen ausgegeben werden. Allerdings befinden sich 39,4% der italienischen Staatsanleihen mit zunehmendem Trend wieder in ausländischen Händen, was als Vertrauensbeweis gilt.

Die ausländische Direktinvestitionen in Italien liegen 2013 bei 12,4 Mrd. Euro – ein Rückgang um 58% im Vergleich zum Vorkrisenjahr 2007. Auch wenn Italien noch das Land mit der zweitgrößten Industrie in Europa ist, kann es nur 1,6% (Deutschland 3,1%; Großbritannien 5,8%) der weltweiten Auslandsinvestitionen anziehen.

Die Armut ist von 2007 bis 2012 um 60 Prozent gewachsen. 6,8% der Bevölkerung (etwas fünf Millionen Menschen) gilt als arm. Im Januar 2014 erreicht die Arbeitslosenquote mit 12,9% (2013 12,2%, 2012 10,7%) und 3,3 Arbeitslosen einen neuen Rekordstand. Die Jugendarbeitslosigkeit (15- bis 24-Jährige) steigt auf 42,4 Prozent (690.000 Jugendliche). Die Zahl der Beschäftigten ist allein 2013 um 478.000 zurückgegangen.

Reformagenda für Italien

Die Reformvorhaben der Regierung Renzi im Rahmen eines 1000-Tage-Programms⁷ sind umfassend und breit: Als Erbe der beiden vorangegangenen Regierung steht die Reform des Wahlrechts an, das vom Verfassungsgericht für ungültig erklärt worden war und in den vergangenen Wahlen Ergebnisse bewirkt hatte, die weder den Wählerwillen ausreichend abbildeten noch zu stabilen Mehrheitsverhältnissen in den beiden Kammern geführt hat. Hier gibt es einen Konsens mit der Oppositionspartei FI und eine Verabschiedung sollte im

7 „Passo dopo passo – Mille giorni per cambiare l'Italia“, <http://passodopopasso.italia.it/>.

Interesse aller politischen Kräfte sein, da damit Wahlen wieder allgemein verbindlich und Politik und Parteien wieder besser gegenüber dem Volk legitimiert würden. Der Senat, bisher zweite Kammer in Italiens System des perfekten Bikameralismus, soll in eine Kammer der Regionen und Kommunen umgebaut werden, in der deren Interessen Einfluss in der nationalen Politik erhalten. Bei einer Verfassungsänderung steht auch der Abschnitt Fünf über die Einrichtung und die Rechte der Gebietskörperschaften zur Diskussion: Nach der formalen Abschaffung der Provinzen wurden besonders die Regionen mit ihren erheblichen Ausgaben für die eigenen Regionalparlamente und die durch sie ausgeführte Gesundheitspolitik für Sparmaßnahmen identifiziert. Über die Einführung von nationalen Standardkosten gerade in der Gesundheitspolitik soll Verschwendung und Korruption in den Regionen vorgebeugt werden. Die erst 2001 vollzogene Dezentralisierung und Föderalisierung Italiens mit der Verlagerung von politischen Entscheidungsbefugnissen auf die Regionen wird mittlerweile als sehr problematisch wahrgenommen, da die vermehrten Kosten in keinem Verhältnis zur Qualität der Leistungen stehen. Eine Einschränkung der Rechte der Regionen und eine verstärkte Rezentralisierung scheint durchaus möglich.

Zu ganz ähnlichen Ergebnissen in Bezug auf eine negative Rolle der Regionen kommt auch der Cottarelli-Bericht⁸ (Spending Review), dessen politische Umsetzung allerdings unklar ist, auch wenn erhebliches Spar- und Reformpotenzial in der öffentlichen Verwaltung festgestellt wurde, wie zum Beispiel die Frage, ob es tatsächlich allein auf nationaler Ebene fünf verschiedene Arten von Polizei bzw. polizeiähnlichen Einrichtungen geben muss. Erfreulicherweise ist die Diskussion um die Kürzung von Spitzengehältern in der öffentlichen Verwaltung und Abgeordnetenentgelten sowie der Kosten der Politik allgemein in vollem Gang. Erste entsprechende Deckelungen in den nationalen und regionalen Parlamenten wurden bereits umgesetzt. Darüber hinaus steht die Auflösung bzw. Zusammenlegung der vielen sogenannten „partecipate“ an, zumeist auf kommunaler Ebene vorgeblich privatwirtschaftlich organisierte Dienstleister, die öffentliche Aufgaben übernehmen. Auch die Zusammenlegung der mehr als 8000 italienischen Kommunen steht auf der Agenda der Spending Review.

Bereits umgesetzt ist die Entlastung von geringen und mittleren Verdiensten um monatlich netto 80 Euro. Angekündigt ist ein kleines Kindergeld: Für ab 2015 geborene Kinder sollen die Eltern drei Jahre lang monatlich 80 Euro erhalten. Ebenso macht auch die Diskussion um die italienische Staatsbürgerschaft Fortschritte: In einem ersten Schritt zum *ius soli* sollen in Italien geborene Kinder von Ausländern nach einem ersten absolvierten Schulabschnitt die italienische Staatsbürgerschaft erhalten können.

Eine umfassende Reform des Arbeitsrechts soll bis zu 800.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Für Angestellte wird es eine erhebliche Vereinfachung bei der Steuererklärung geben, indem die meisten Abzugstatbestände bereits von den Steuerbehörden erfasst werden und der Steuerzahler im Idealfall eine bereits voll ausgefüllte Steuererklärung lediglich prüfen und unterschreiben kann. Mit dem Paket „Sblocca Italia“ sollen zum Teil seit Jahrzehnten in Planung oder Bau befindliche Infrastrukturprojekte nationaler Bedeutung endlich zum Abschluss gebracht werden. Die Regierung versucht auch Mittel gerade aus der betrieblichen Altersversorgung der italienischen Wirtschaft zuzuführen. Wie bereits erwähnt steht

8 Il Commissario Straordinario per la revisione della spesa: Programma di lavoro – Presentato il 12 novembre 2013, http://revisionedellaspesa.gov.it/documenti/Revisione_spesa_-_Programma_di_lavoro_Nov_2013.pdf.

auch die Zusammenführung verschiedener Lohnersatzleistungen und Kurzarbeitergelder (cassa integrazione) zu einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung an.

Über zehn Jahre nach Deutschland scheint die Regierung Renzi mit Strukturreformen, Investitionen in den Sozialstaat und Steuererleichterungen so starke wirtschaftliche Impulse setzen zu wollen, um eine Phase beständigen Wirtschaftswachstums auszulösen. Die konjunkturell eher mageren Privatisierungserlöse von Staatsunternehmen bzw. -beteiligungen (z.B. Fincantieri, Poste Italiane) sollen zur Verringerung der Staatsschulden eingesetzt werden, während die Erlöse aus der Bekämpfung der Steuerhinterziehung (2013 60 Mrd. Euro) der Senkung der Steuerbelastung zugutekommen sollen.

Ein starkes Italien in Europa?

Unter Ministerpräsident und Parteichef Matteo Renzi ist der PD der SPE beigetreten und hat damit ein deutliches Bekenntnis der Partei für Europa und für die europäische Sozialdemokratie abgelegt. Dies ist umso erstaunlicher, als der PD sehr heterogen und auch von christdemokratischen Strömungen durchsetzt ist, aus denen im Übrigen auch Renzi selbst stammt. Durch den überraschend deutlichen Sieg (40,8%) bei den Wahlen zum Europäischen Parlament hat der Regierungschef seine Position gestärkt: Mit 31 Abgeordneten ist der PD nicht nur die stärkste Mitgliedspartei in der SPE, sondern auch die größte nationale Parteiengruppe im Europäischen Parlament. Die Regierungskoalition kommt insgesamt auf 45%, eine große besonders auch innenpolitische Bestätigung und Legitimation, da die Regierung Renzi nicht aus Wahlen hervorgegangen war. Dieses starke Mandat für den Reformkurs und die Aussicht auf stabile politische Verhältnisse in Italien und Europa schlagen sich auch in der Ernennung von Außenministerin Federica Mogherini zur Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik am 30.8.2014 nieder.

Weiterführende Literatur

Maurizio Cotta/Roman Maruhn/César Colino: Italy Country Report, SGI Sustainable Governance Indicators 2014, http://www.sgi-network.org/docs/2014/country/SGI2014_Italy.pdf.

IAI/Università di Siena: Italians and Foreign Policy, http://www.iai.it/pdf/Rapporto_IAI-Circap_en.pdf.

Presidenza del Consiglio dei Ministri: La partecipazione dell'Italia all'Unione Europea – Relazione Programmatica 2014, http://www.politicheeuropee.it/file_download/2244.